

REVISION DES KARTELLGESETZES

Das neue Kartellgesetz stürzt ab

Die jahrelangen Bemühungen um eine Revision des Kartellgesetzes sind gescheitert. Zu Fall gebracht wurde sie von einer bunten Allianz aus SVP, BDP, Grünen und gewerkschaftsnahen Linken.

Der Nationalrat ist gestern zum zweiten Mal nicht auf die Revision des Kartellgesetzes eingetreten. Die Vorlage ist damit vom Tisch. Dabei handelte es sich bereits um eine abgespeckte Version: Ursprünglich hatte der Bundesrat vorgeschlagen, die Wettbewerbskommission zu einem Gericht umzubauen. Der Ständerat fügte dem bei der ersten Beratung eine Bestimmung hinzu, die es ausländischen Markenartikelherstellern verbieten sollte, in der Schweiz höhere Preise zu verlangen als im Ausland.

Der vergebliche Kampf

Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann kämpfte mit Vehemenz dafür, dass die Nationalräte sich für ein Eintreten entscheiden. Vergeblich.

Im Nationalrat bildeten gestern nun erneut Gewerkschafter und Wirtschaftsliberale die Speerspitze des Widerstandes. Bei der Debatte ging es um handfeste Interessen. So setzten sich Wirtschaftsverbände und Gewerkschafter gegen die vom Ständerat beschlossene Professionalisierung der Weko zur Wehr, weil ihre Vertreter damit aus dem Gremium ausgeschlossen worden wären.

Gross ist der Ärger beim Grossverteiler Migros: «Das ist eine schlechte Nachricht für die Konsumenten», sagt Martin Schläpfer, Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik beim Gross-



Schlacht verloren: Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Keystone

verteiler. Heute verlangten Markenartikelhersteller mit einer starken Marktposition in der Schweiz von der Migros Einstandspreise, die höher liegen als die Ladenpreise in Deutschland. «Wir kämpfen seit langem dafür, dass uns der Nivea-Hersteller Beiersdorf zu angemessenen Konditionen beliefert. Doch bislang vergeblich», sagt Schläpfer. Die Migros habe angesichts ihrer Grösse auch nicht die Möglichkeit, solche Produkte auf dem Graumarkt zu beschaffen. «Wir sind auf eine hohe Verlässlichkeit bei der Belieferung angewiesen», erklärt er. *sda/sny*

WELCHE ZÜRCHER WIE ZUR REVISION DES KARTELLGESETZES STIMMTEN

- | | | | | | | | | | | | |
|---------------------|----------------------|-------------------|--------------------------|-----------------|---------------|-----------------|---------------------|-------------------------|------------------|-----------------|--------------|
| SVP | ■ Max Binder | ■ Toni Bortoluzzi | ■ Hans Egloff | ■ Hans Fehr | ■ Alfred Heer | ■ Thomas Matter | ■ Christoph Mörgeli | ■ Natalie Simone Rickli | ■ Gregor A. Rutz | ■ Ernst Schibli | ■ Jürg Stahl |
| SP | ■ Jacqueline Badran | ■ Jacqueline Fehr | ■ Chantal Galladé | | | | | | | | |
| Grüne | ■ Bastien Girod | | | | | | | | | | |
| BDP | ■ Maja Ingold | ■ Kathy Riklin | ■ Barbara Schmid-Federer | | | | | | | | |
| FDP | ■ Doris Fiala | ■ Ruedi Noser | ■ Hans-Peter Portmann | ■ Beat Walti | | | | | | | |
| Grünliberale | ■ Martin Bäumle | ■ Thomas Maier | ■ Tiana Angelina Moser | ■ Thomas Weibel | | | | | | | |
| CVP | ■ Balthasar Glättli | ■ Daniel Vischer | | | | | | | | | |
| Abwesend | ■ Rosmarie Quadranti | ■ Lothar Zörjen | | | | | | | | | |

Als Bastelarbeit bezeichnete der Freiburger SVP-Nationalrat Jean-François Rime gestern die Revision des Kartellgesetzes. Eine trübe Einschätzung. Zu viele Probleme wollten Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, der Ständerat sowie die vorberatende Nationalratskommission auf einmal lösen. Zum Teil mit Gesetzesartikeln, die aufgrund der Aktualität – wie der Frankenstärke – in Hauruckübungen in die Vorlage einfließen. Das konnte nicht gut gehen.

Der Absturz dieser Vorlage widerspiegelt zudem zwei Tendenzen, die derzeit in der Politik festzustellen sind. Zum einen ist Abschottung gegen das Ausland wieder in. Und dies nicht nur bei der SVP. Auch für die Grünen und Teile der SP ist Konkurrenz aus dem Ausland eher

Kommentar



Stefan Schnyder. Wirtschaftsredaktor, zum Absturz des Revision des Kartellgesetzes

Abschottung ist wieder in

unerwünscht. Bei den Grünen stehen ausländische Produkte unter dem Generalverdacht, dass sie weniger ökologisch sind als jene aus der Schweiz. Die SP wiederum befürchtet Lohndruck und Stellenverluste, wenn beispielsweise Coca-Cola verpflichtet würde, zu europäischen Preisen zu liefern, und im Gegenzug seine Werke in der Schweiz schliessen würde.

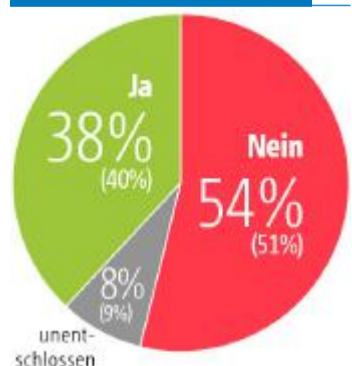
Zum anderen ist im Parlament seit einiger Zeit ein schwindender Wille festzustellen, Probleme pragmatisch zu lösen. Lieber beharren viele Volksvertreter auf ihren ideologischen Positionen und nehmen den Absturz einer Vorlage in Kauf, als dass sie versuchen, die Probleme pragmatisch zu lösen. So ist es zu bedauern, dass die institutionelle Reform nun nicht umgesetzt wird. Denn die

Wettbewerbskommission hat heute eine Doppelfunktion als untersuchende und urteilende Behörde. Dies widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien.

Das Kartellgesetz betrifft die Konsumenten direkt. Für diese ist entscheidend, dass die Schweiz keine Hochpreisinsel bleibt. Immer noch verlangen gewisse gewichtige ausländische Markenartikel von den Schweizer Detailhändlern höhere Preise als im Ausland. Anstehende BundesgerichtsUrteile werden zeigen, wie griffig das heute geltende Kartellgesetz tatsächlich ist. Zudem ist die Wettbewerbskommission gefordert, ihren Spielraum offensiv zu nutzen. Und das neue Parlament wird wohl nicht darum herumkommen, sich nach den Wahlen erneut mit dem Dossier zu befassen.

Die Chancen für eine Einheitskasse schwinden

ABLEHNUNG NIMMT ZU



Am 9. September hätten 54 Prozent der Bevölkerung die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» abgelehnt. In Klammern die Ergebnisse der Umfrage von Mitte August. *Quelle: GFS Bern*

SRG-TRENDUMFRAGE Die Mehrheit der Stimmbürger wird am 28. September sowohl die Einheitskassen- wie die Gastroinitiative ablehnen. Das ergab die zweite Umfrage.

Schweizerinnen und Schweizer können sich gemäss der zweiten SRG-Trendumfrage nicht für die Einheitskasse erwärmen. Wäre bereits am 9. September über die Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. September abgestimmt worden, hätten sich 54 Prozent dagegen ausgesprochen. Bei der ersten Umfrage, die das Forschungsinstitut GFS Bern im Auftrag der SRG vor fünf Wochen durchgeführt hatte, waren es noch 51 Prozent gewesen. Dafür wären jetzt nur noch

38 Prozent gewesen. 8 Prozent waren noch unentschieden.

Teurer Systemwechsel

Bei der Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» spielt die verbreitete Befürchtung, ein Systemwechsel bei den Krankenkassen komme teuer, den Gegnern in die Hände. Diese Bedenken seien wichtiger als vorhandene Kritik an den bestehenden Kassen, so GFS Bern.

Inzwischen haben sich vor allem CVP-Anhänger und die Parteiungebundenen klar zur Gegnerschaft gesellt. Allgemein sind wie bei anderen sozialpolitischen Vorlagen Linke dafür und Rechte dagegen. Es zeichnet sich weiter ein Röstigraben ab: Mit je 51 Prozent Ja knapp für die Vorlage

seien die Stimmbürger in der Romandie und im Tessin. Klar dagegen mit einem Nein-Anteil von 61 Prozent jene in der Deutschschweiz.

41 Prozent pro Gastronomie

Bei der ersten Umfrage, die GFS Bern im August durchgeführt hatte, waren die Meinungen zur Gastroinitiative noch nicht gemacht. Auch in der zweiten Umfrage waren noch 13 Prozent der Teilnahmewilligen unentschieden. Gegen oder eher gegen die Gastroinitiative würden sich derzeit 46 Prozent der Befragten entscheiden. Das sind 12 Prozent mehr als bei der letzten Umfrage. Die Lage der Befürworter blieb mit 41 Prozent stabil, was laut GFS Bern untypisch ist für die

Meinungsbildung während eines Abstimmungskampfs. Bei den Argumenten zeigte sich, dass bei der Mehrwertsteuer viele eher nach ihrem Gefühl abstimmen werden. Das gelte besonders für die Gegner, so die Forscher von GFS Bern.

Bei der Umfrage zeige sich, dass die Botschaft der Initianten durchaus mehrheitsfähig wäre, vor allem beim Argument des verzerrten Wettbewerbs. Doch das Misstrauen gegenüber der Gastrobranche wurze tief. Es werde bezweifelt, dass der Gast davon profitieren würde, wenn die Vorlage angenommen werden sollte. Viele fürchten zudem, dass eine Annahme der Initiative der Allgemeinheit durch Steuerausfälle schaden könnte. *sda*

Schweizer Namen bevorzugt

MIETMARKT Personen mit ausländischen Namen werden bei der Wohnungssuche systematisch benachteiligt. Haben sie einen serbokroatisch klingenden Namen, stehen ihre Chancen aber deutlich besser als diejenigen von Tamilen oder Arabern.

Spielt der Familienname bei der Wohnungssuche eine Rolle? Offenbar ja – eine Studie kam zum Schluss, dass Personen mit ausländisch klingende Namen auf dem Mietmarkt benachteiligt werden. Für die Untersuchung haben Forscher der Universität Bern auf rund tausend Wohnungsinserate eine E-Mail-Anfrage geschickt – jeweils einmal mit einem typischen Schweizer Namen wie Daniel Fischer, einmal mit einem ausländischen Namen wie Radan Stankovic, Ali Samet oder Arunan Vaidyanathan.

Stankovic hat bessere Chancen als Samet

Die Schweizer erhielten in 79,8 Prozent der Fälle eine positive Antwort wie zum Beispiel eine Einladung zur Wohnungsbesichtigung, die Ausländer nur in 75,7 Prozent der Fälle. Personen mit serbokroatisch klingenden Namen wurden gemäss der Studie kaum diskriminiert. Bewerber mit arabischen oder tamilischen Namen hingegen hatten eine um rund 5 Prozent schlechtere Aussicht auf eine positive Rückmeldung des Vermieters. Die Benachteiligung ist zudem regionsabhängig.

Im Mittelland und in der Ostschweiz werden Bewerber mit ausländischem Namen stärker benachteiligt, in der Nordwestschweiz konnte keine Benachteiligung festgestellt werden. Ein weiterer Befund aus der Studie: Geben Bewerber mit ausländischem Namen bei der Anfrage an den Vermieter einen Beruf an, werden sie kaum mehr anders behandelt als solche mit Schweizer Namen. Die Studie wurde im Auftrag der Organisation «Gewählte Stimme», einem Zusammenschluss von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund, durchgeführt.

Aufgrund der Studienergebnisse fordert «Gewählte Stimme» eine Anpassung des Mietrechts und des Diskriminierungsschutzes sowie Beratungsstellen für Betroffene, wie die Organisation in einer Medienmitteilung von gestern schreibt. *sda*

ANZEIGE

die Kraft danach
«Saft vom Fass» alkoholfrei ist ein erfrischender Durstlöcher mit nur 18 kcal/kl für unterwegs und auf dem Gipfel. Trink den Oider und bewahr' dir ein klaren Kopf.
MOHL Tradition seit 1895
A B T E I S A R T E M e r k e n n e M O H L A G. 5330 A r b e n